

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telefax: 866 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Florian Gerster, rheinland-pfälzischer Minister für Bundesangelegenheiten und Europa, bewertet das Stationierungskonzept von Bundesverteidigungsminister Stoltenberg: Mit Fehlern behaftet.

Seite 1

Dokumentation:

Manfred Stolpe, brandenburgischer Ministerpräsident, hat zur Solidarität mit den Menschen in Ostdeutschland aufgerufen. Seine Rede im Wortlaut.

Seite 3

Dokumentation:

Die Wahlen zum SPD-Parteivorstand. Sämtliche Ergebnisse.

Seite 5

46. Jahrgang / 101

31. Mai 1991

Stoltenberg-Konzept mit Fehlern behaftet Zum geplanten Truppenabbau der Bundeswehr

Von Florian Gerster
Minister für Bundesangelegenheiten und Europa des Landes
Rheinland-Pfalz

Das von Verteidigungsminister Stoltenberg vorgelegte Stationierungskonzept ist mit zahlreichen Fehlern behaftet und korrekturbedürftig. Es zeigt, daß der Bund über kein sozial ausgewogenes integriertes Gesamtkonzept zum Truppenabbau verfügt, das die regionalen Auswirkungen der nationalen und alliierten Truppenreduzierungen insgesamt und die Folgen für die zivilen Mitarbeiter gleichermaßen berücksichtigt.

Eine erste gründliche Gesamtwertung macht im einzelnen deutlich:

1. Fehler der Strukturreform:

Die Planungen zur Strukturreform der Bundeswehr dürfen sich nicht in erster Linie an militärorganisatorischen Gesichtspunkten und ihren Auswirkungen für die Soldaten orientieren. Gleichzeitig sind die Folgen für die zivilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Bundeswehr mitzubedenken. In einem integrierten Konzept müssen die Auswirkungen auf Regionen, Soldaten und zivile Mitarbeiter gleichermaßen gewertet werden.

Unter regionalpolitischen Gesichtspunkten kommt den Folgewirkungen für Zivilbeschäftigte sogar eine höhere Bedeutung zu. Die zivilen Arbeitnehmer bei der Bundeswehr sind überwiegend örtlich gebunden und ungleich weniger abgesichert als die Soldaten. Die regionalen Auswirkungen mit ihren sozialen Folgen müssen daher Vorrang vor militärorganisatorischen Überlegungen haben. Sie dürfen nicht, wie von Verteidigungsminister Stoltenberg dargelegt, an letzter Stelle des Zielkataloges stehen.

2. Keine Berücksichtigung des Truppenabbaus der Alliierten

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist Rheinland-Pfalz durch den geplanten Truppenabbau der Amerikaner und Franzosen überproportional betroffen. Der vorgesehene zusätzliche Abzug von nahezu 10.000 Soldaten der Bundeswehr aus Rheinland-Pfalz ist daher nicht akzeptabel. Aufgrund dieser Zahlen ist zu bezweifeln, daß der Bund bei seinen Entscheidungen über die Reduzierung der Bundeswehr und

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendeter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



der Standorte auch tatsächlich die Abzugspläne der Alliierten mitberücksichtigt hat. Bislang hat der Bund es gegenüber den Alliierten versäumt, eine frühzeitige Offenlegung ihrer längerfristigen Abzugsplanung zu verlangen.

Auf den ersten Blick erscheint der vorgesehene nationale Truppenabbau um 26,4 Prozent im Verhältnis zu den anderen Flächenstaaten günstig. Diese Zahl verändert sich jedoch dramatisch, wenn die Abzugspläne der Alliierten in die Gesamtplanung miteinfließen. Es muß endlich Klarheit über das wahre Ausmaß der Truppenreduzierungen insgesamt gewonnen werden. Der Bund ist daher aufgefordert, eine integrierte Gesamtplanung unter Einbeziehung der Abzugspläne der Alliierten vorzulegen.

3. Fehlende Rücksichtnahme auf Länderebene

Es ist zu prüfen, ob und inwieweit die Vorstellungen der Bundesländer, insbesondere die rheinland-pfälzischen Positionen der alten Landesregierung tatsächlich in die Gesamtplanung des Bundes eingeflossen sind. Der Bund muß mit der neuen rheinland-pfälzischen Landesregierung seine Planungen ergebnisoffen abstimmen und zu Korrekturen bereit sein. Der knappe Zeitraum zur Vorlage der endgültigen Planung im Juli spricht allerdings nicht dafür, daß die zwischenzeitlich erhobenen Forderungen der Länder besonders ernst genommen werden.

4. Keine Ausgleichsmaßnahmen

Zeitgleich mit der endgültigen Planung zur Strukturreform muß der Bund konkrete Kompensationsmaßnahmen vorlegen. Die bloße Ankündigung, es werde ein Konzept für Maßnahmen zugunsten strukturschwacher, von der Verringerung der Streitkräfte betroffener Regionen vorbereitet, ist dürrig und reicht nicht aus.

5. Beispiele verfehlter Stationierungsplanung für Rheinland-Pfalz

Als konkretes Beispiel der verfehlten Stationierungsplanung für Rheinland-Pfalz ist die Standortentscheidung für das kombinierte Divisions-/Wehrbereichskommando IV in Mainz zu nennen. Aufgrund des starken Abzugs von Verbänden und Dienststellen der Bundeswehr aus dem Raum Koblenz/Lahnstein ist die Entscheidung zugunsten Mainz unverständlich. Hinzu kommt, daß es in Mainz einen unmittelbaren zivilen Bedarf für die bisher militärisch genutzten Liegenschaften gibt, so daß sich hier Konversionsmaßnahmen erübrigen.

Weiter ist der geplante Aufbau von zwei Führungskommandos in Koblenz in keiner Weise geeignet, den starken Truppenabzug aus Koblenz/Lahnstein zu kompensieren. Denn zum einen liegt dieser Aufbau in weiter Ferne. Zum anderen ist die geplante Maßnahme nicht personalintensiv.

Ebenfalls nicht hinzunehmen ist, daß zusätzlich zur Schließung des US-Flugplatzes Zweibrücken der Bund plant, weitere 1.000 Soldaten dort abzuziehen. Hier muß auf den Abzug verzichtet oder ein Ausgleich durch Verlegungen nach Zweibrücken geschaffen werden. Militärorganisatorische Barrieren dürfen kein Hinderungsgrund für konkrete Hilfen für die Westpfalz sein - als Ausgleich für Maßnahmen der Alliierten, die nicht mehr korrigiert werden können.

Darüber hinaus muß dringend geprüft werden, ob die umfangreichen Reduzierungen der Bundeswehr gerade in den strukturschwachen Regionen des Landes tatsächlich unumgänglich sind. Im einzelnen handelt es sich um

- Birkenfeld 420 statt 774 Soldaten
- Diez 1.172 statt 1.845 Soldaten
- Hermeskeil 282 statt 1.132 Soldaten
- Idar-Oberstein 1.387 statt 2.056 Soldaten
- Kusel 557 statt 820 Soldaten
- Mayen 200 statt 522 Soldaten
- Montabaur 355 statt 948 Soldaten
- Sobornheim 0 statt 1.400 Soldaten
- Zweibrücken 746 statt 1.407 Soldaten

(-/31. Mai 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

"Sie gingen im Herbst 1989 nicht auf die Straße, um im Sommer 1991 auf die Straße zu fliegen"

Der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe hat die Delegierten des Bremer SPD-Parteitages zur Solidarität mit den Menschen in Ostdeutschland aufgerufen. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut:

"Deutschland in neuer Verfassung": Die Menschen in Brandenburg sind schon in einer neuen Verfassung, und das meine ich im Doppelsinn des Wortes. Erstens sind wir in einer für uns neuen Situation, einer neuen Wirtschafts- und Finanzordnung, die wir bisher nur von außen, sozusagen von der Schokoladenseite her, gesehen haben. Wir erleben die Auswirkungen des schweren Fehlers der Regierungspolitik Kohl von 1990. Damals glaubten nämlich die politisch Verantwortlichen, eine Zentralverwaltungswirtschaft mit einer Binnenwährung könnte in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli sozusagen in einer Schaltsekunde zu einer Marktwirtschaft mit richtiger Geldwährung umgewandelt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, das zweitgrößte Wunder des Jahres 1990 nach der Einheit ist doch, daß im Osten Deutschlands angesichts dieses erheblichen Fehlers noch nicht alles kaputtgegangen ist.

Die Unerfahrenheit im Marketing, die geringere Leistungskraft, die personelle Überbesetzung und die fehlende Rentabilitätsrechnung führten die gesamte Wirtschaft im Osten an den Rand des Ruins. Statt der erhofften leistungsstarken Marktwirtschaft mit Chancen für den einzelnen, erlebten wir finstersten Manchester-Kapitalismus mit brutalen Entlassungswellen.

Da läßt sich heute - so versuchen wir es in Brandenburg - einiges verhindern. Demokratisch gewählte Betriebsräte und große Gewerkschaften sind entstanden, und auch unsere brandenburgische Regierung schläft nicht. Regine Hildebrandt muß jeder bei uns fürchten, der beim Abbau von Arbeitsplätzen nicht klärt, welche Perspektiven den arbeitenden Männern und Frauen gegeben werden. Hier muß eine Brücke gebaut werden; die Leute dürfen nicht übrigbleiben.

In den Kreisen, Städten und Gemeinden sind es vor allem Sozialdemokraten, die durch Arbeitsförderungsmaßnahmen nicht selten mit mehreren hundert Menschen Beschäftigungsbrücken zwischen verlorengehenden Arbeitsplätzen und künftigen Arbeitsmöglichkeiten mitbegründen.

Denn das, liebe Genossinnen und Genossen, ist die zentrale politische, ökonomische, soziale und auch psychologische Aufgabe im Osten Deutschlands, der berechtigten Furcht der Menschen entgegenzuwirken, daß sie in dem von ihnen gewollten gemeinsamen Deutschland die Verlierer sein könnten. Sie gingen im Herbst 1989 nicht auf die Straße, um im Sommer 1991 auf die Straße zu fliegen.

Zweitens. Wir leben nun in der Staatsverfassung des Grundgesetzes. Das ist eine weithin gute Ordnung, denn sie gibt Freiheit, Rechtssicherheit und die Möglichkeit der Mitgestaltung nach den Regeln einer parlamentarischen Demokratie. Das ist mehr, als wir noch vor zwei Jahren zu hoffen gewagt haben.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Verbesserungen der deutschen Verfassung sind noch möglich, und wir wünschen sie uns nach den Erfahrungen des doppelten Umbruchs im Osten Deutschlands, dem Umbruch von der Diktatur zur Demokratie und von der Planwirtschaft zum Markt. Die brandenburgische Regierung, in der mit Sozialdemokraten und Bündnis 90 die politisch aktiven Kräfte des Umbruchs wirken, bittet die Sozialdemokraten im Bund um Unterstützung. Wir wollen, daß der Staat in die Pflicht genommen wird, für Arbeit und Arbeitsförderung zu sorgen, und wir wollen, daß sozialer Wohnungsbau, Wohnraumerhaltung und finanzierbare Miete als Verpflichtung des Staates festgehalten werden.

Aber auch Bildung und Kultur müssen Gegenstände besonderer Verantwortung des Staates sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, nun gehören wir Brandenburger also zu euch in der gemeinsamen deutschen Sozialdemokratie, und wir freuen uns darüber. Wir werden mit unserem roten Adler eine bunte und, wie ich hoffe, auch zunehmend fröhliche Ergänzung für Deutschland und seine Sozialdemokratie sein. Wir werden aber auch ein bißchen anders sein und bleiben. So wie man Norddeutsche und Süddeutsche nicht in einen Topf werfen kann, bekommt Deutschland jetzt auch wieder die West-Ost-Dimension. Wir sind der Anfang Osteuropas, und wir werden immer wieder daran erinnern, daß es bei der deutschen Nabelschau nicht bleiben darf. Wir wollen unsere Freunde in Prag, Warschau und Moskau nicht loslassen, unsere Freunde, die uns die Spur in die Freiheit getreten haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, laßt uns gemeinsam die Chance und Herausforderung der deutschen Einheit für die Menschen in Europa und die Überlebensfragen der Menschheit nutzen. Laßt uns mit Björn Engholm Deutschland demokratischer und sozialer gestalten.

Lieber Björn, wir stehen in Brandenburg hinter dir. Wir waren sicher, daß du gewählt wirst, aber du solltest auch wissen, daß sich die Menschen in Brandenburg weit über die Sozialdemokratie hinaus über die Entscheidung von gestern freuen. Zum Zeichen dafür, daß wir dich mögen, überreiche ich einen Blumenstrauß von Blumen, die nicht welken. Ich bitte dich, laßt uns gemeinsam als Sozialdemokraten Deutschlands nach Bonn fliegen, so wie wir unseren roten Adler fliegen lassen wollen.

(-/31. Mai 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Die Wahlen zum SPD-Parteivorstand auf dem Bremer Parteitag

I. Ergebnis der Wahl des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Björn Engholm wurde mit 458 Ja-Stimmen (96,6 Prozent)
bei 7 Gegenstimmen
und 5 Enthaltungen
zum Vorsitzenden der SPD gewählt.

II. Wahlergebnisse der stellvertretenden Vorsitzenden, des Bundesgeschäftsführers und des Schatzmeisters

	Ja	Nein	Enth.	abg. gült.	abg. ung.	% der gült.
Stellv. Vorsitzender Johannes Rau	408	37	22	467	1	87,2
Stellv. Vorsitzender Oskar Lafontaine	386	71	11	468	1	82,3
Stellv. Vorsitzende Herta Däubler-Gmelin	376	63	25	464	2	80,7
Stellv. Vorsitzender Wolfgang Thierse	423	32	14	469	1	90,0
Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing	424	22	31	477	-	88,9
Schatzmeister Hans-Ulrich Klöse	372	52	29	453	-	82,1

III. Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes

Ergebnisse:	1. Wahlgang	2. Wahlgang
abgegebene Stimmen	484	480
ungültige Stimmzettel:	6	9

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	gewählt sind
Angelika Barbe	184	231	X
Anke Brunn	264		X
Ilse Brusis	236	341	X
Rudolf Dreßler	194	310	X
Horst Ehmke	135	202	
Hans Eichel	288		X
Konrad Elmer	60		
Ursula Engelen-Kefer	262		X
Friedhelm Farthmann	133	216	X
Anke Fuchs	266		X
Katrin Fuchs	249		X
Norbert Gansel	186	284	X
Peter Gloth	219	321	X
Karl-Heinz Hiersemann	91		
Regine Hildebrandt	339		X
Reinhard Höppner	174	259	X
Magdalene Hoff	218	306	X
Karin Junker	186	284	X
Karl-August Kamilli	126	232	X
Reinhard Klimmt	257		X
Klaus Matthiesen	243	338	X
Ulrich Maurer	160	226	X
Walter Momper	225	321	X
Franz Müntefering	205	285	X
Peter von Oertzen	245	329	X
Harald Ringstorff	145	181	
Harald B. Schäfer	135		
Rudolf Scharping	269		X
Henning Scherf	224	322	X
Otto Schily	128	126	
Gerhard Schmid	68		
Renate Schmidt	327		X
Thomas Schmidt	39		
Gerhard Schröder	269		X
Gisela Schröter	225	321	X
Sigrid Skarpelis-Sperk	167	219	X
Dieter Spöri	228	355	X
Manfred Stolpe	311		X
Karsten D. Voigt	130	222	X
Henning Voscherau	271		X
Gerd Walter	187	225	X
Inge Wettig-Danielmeier	182	232	X
Heidemarie Wieczorek-Zeul	299		X
Ruth Winkler	184	217	X
Käte Wolzmath	251		X
Christoph Zöpel	201	276	X